

Luxemburger Wort *Politische Regenwolken*

Der Höhepunkt der europapolitischen Woche war der europäische Gipfel zur Flüchtlingskrise und den Neuverhandlungen des britischen Status in der Europäischen Union. Dies ist symptomatisch dafür, dass (geo-)politische Risiken auch für die Finanzmärkte zugenommen haben.

Nach dem Fall des Ost-West-Gegensatzes und unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Entwicklung vieler Schwellenländer sind in vielen Regionen der Welt Bestrebungen zu einer politischen Neuordnung aufgetreten, sei es in Asien, im Nahen Osten und in Nordafrika oder in Osteuropa mit einer wieder erstarkten russischen Nation. In diesen akuten und potenziellen geopolitischen Krisenherden können schnell Konflikte entstehen, die die Weltwirtschaft und damit die Finanzmärkte beeinträchtigen; trotz der erhöhten Gefährdungslage sind solche Konflikte von Timing und Intensität schwierig einzuschätzen. Dabei muss man allerdings sauber trennen: die Kursturbulenzen an den Aktienmärkten in diesem Jahr spiegeln diese Risiken nicht wider. Sie haben ausschließlich wirtschaftliche Ursachen.

Im Schatten dieser weltpolitischen Neuorientierung drohen auch neue Entwicklungen in Europa. Seit Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Jahr 1957 hat die europäische Politik hingearbeitet auf ein immer stärker integriertes politisches Europa. Zuerst über die Liberalisierungen von Handel, Kapital, Dienstleistungen und Personenfreizügigkeit, dann über die Gründung einer gemeinsamen Währung schien der Zug unausgesprochen hin zu einer Machtübergabe in vielen politischen Bereichen an die Brüsseler Zentrale zu fahren.

Seit der Euro-Krise ab 2010 und ähnlich seit Beginn der Flüchtlingskrise im letzten Jahr haben sich die Diskussionslinien verschoben. Europa wird aus einigen Gruppen der Gesellschaft als ein Projekt der gesellschaftlichen Eliten gekennzeichnet, das mit der Mehrheit der Bevölkerung wenig zu tun habe. Tatsächlich kann man als wesentliches Hindernis einer weiteren politischen Integration ausmachen, dass die dafür notwendigen Änderungen der europäischen Verträge und nationalen Verfassungen in Volksabstimmungen keine Mehrheiten fänden, wie der Vorschlag zu einer europäischen Verfassung im Jahr 2005, der in Frankreich und in den Niederlanden durch das Volk abgelehnt worden ist.

Diese neuen Strömungen drücken sich in einer Veränderung der Parteienlandschaften in den Mitgliedsländern der Europäischen Union aus, in denen sich vor dem Hintergrund von Euro- und Flüchtlingskrise nationalistische Parteien gegründet haben und regen Zulauf erfahren. Im Vereinigten Königreich hat die konservative Regierung auf die nationalistischen Forderungen innerhalb der konservativen Partei keine andere Strategie gewusst, als ein Referendum zum Verbleib des Landes in der Europäischen Union, samt des vorherigen Versuchs, neue Mitgliedschaftsbedingungen für das britische Königreich herauszuhandeln.

In welche politische Zukunft geht Europa? Noch lassen sich die gegenwärtigen Marktbewegungen ausschließlich den wirtschaftlichen Perspektiven von Ländern und Unternehmen in der Weltwirtschaft zuordnen. Aber wie lange werden die Finanzmärkte dem politischen Treiben in Europa reaktionslos zusehen? Als genereller Kompass darf gelten, dass die Schwelle der Unsicherheit wohl bei Austritten von Ländern aus den europäischen Institutionen liegen würde, sei es dem Euro oder aus der Union selber. In diesem Fall würden sichtbar neue Weichen gestellt, nur wüsste niemand, wohin. Eine wirtschaftliche Abkopplung mit komplett eigenen Wirtschaftsregeln und wirtschaftlichen Abschottungen, womöglich bis hin zu Zöllen, wäre der Albtraum aller Wirtschafts- und Finanzmarktteilnehmer. In dem Augenblick, in dem das erste europäische Land diesen Exit-Weg wählen würde, wäre die Unsicherheit eröffnet, wieviel von diesem Albtraum tatsächlich Wirklichkeit werden könnte. Aus diesem Grund erachten wären die Finanzmarktreaktionen in einem Brexit-Szenario wesentlich stärker als bei nationalen Alleingängen innerhalb der Europäischen Union wie etwa in Polen oder Ungarn. Die jetzt eröffnete heiße Phase der Brexit-Diskussion eröffnet also jedem Menge Störpotenzial an den Finanzmärkten.